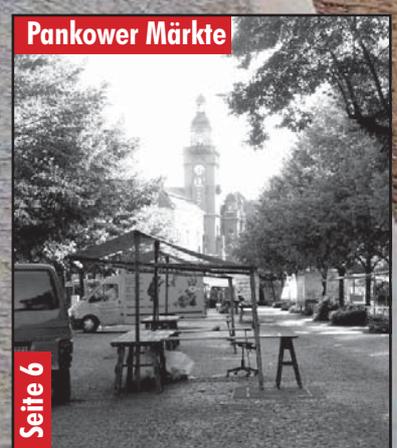




Seite 4



Seite 5



Seite 6

Aus BVV und Ausschüssen

Linker Stadtrat in Sandalen



Die 10. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 24. Oktober startete mit einer Auszeit der SPD, gefolgt von einer kurzen Beratung des Ältestenrates. Anlass war der Übertritt von Dr. Harald Hommers (ehemals WASG) zu den Grauen Panther. Mit nunmehr drei Mitgliedern erreicht diese Gruppierung Fraktionsstärke und damit Anspruch auf zwei Sitze in den Ausschüssen. Wie sich dies auf die Sitzverteilung in den Ausschüssen für alle Fraktionen auswirkt, wird in den nächsten Tagen besprochen. Die folgenden mündlichen Anfragen hatten in ihrer Beantwortung durch die zuständigen Stadträte eine Gemeinsamkeit: Bei der Sanierung der Buchholzer Straße, den Baumängeln in der „Kita La Cigale“ und den Baumfällungen im Gleimviertel steht das Bezirksamt

vor „multiplen Schwierigkeiten“. Wobei Bürgermeister Köhne (SPD) vor einer all zu großen Skandalisierung warnte. Ohne Fällung würden die von Wurzelfäule befallenen Traubenkirschen von alleine umfallen, Schaden anrichten und die Sicherheit gefährden.

So interessant solche Ausführungen sind, spannender waren Rededuelle wie zum Thema „Wahlplakatierung – saubere Laternen nach der Wahl“ auf der vorangegangenen BVV-Tagung: Zwei nicht sonderlich befreundete Fraktionen führten eine viel zu lange Debatte darüber, wer noch wo Plakate zu hängen hat. Sagt der eine Nichtfreund zum Anderen: Von seiner Partei würde nichts mehr hängen, wohl aber von der sich Beschwerenden. Er würde ihm besagte Plakate in der Wolfshagener gern zeigen. Er hätte am Wochenende

Zeit, wie es denn bei ihm zeitlich so aussehe.

Engagierte Ausführungen gab es auch zum Antrag „Erhaltung der Oderberger Straße“. Die dem Bezirksamt vorgelegten Planungsunterlagen wurden als phantasielos kritisiert. Unter Bezugnahme auf Fakten wie „Grünzeug neigt zum Wachsen und wenn der Bambus blüht, ist er eigentlich hin“, fasste Wolfram Kempe von der Linksfraktion das Anliegen aller wie immer wunderbar spitzzünftig zusammen: Es geht um den Erhalt des Charakters der Oderberger Straße und um den Verbleib der Grünpflanzen.

So vielfältig und interessant die Themen auch waren, nichts toppt diese Bürgerfragestunde am Beginn des Oktobers: Auf Nachfrage der CDU, ob es im Bezirksamt keine Kleiderordnung gäbe und ob sich das leger Auftreten von Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) nicht negativ auf Verhandlungsergebnisse mit Wirtschaftspartnern auswirken könnte, antwortete der vermeintliche Investorenschreck großzügig mit Schweigen und Bürgermeister Köhne abschlägig, weil nicht notwendig.

Leider hatte sich der Vorschlag, dass unsere Fraktion solidarisch mit Römerlatschen antritt, nicht durchgesetzt. Doch in jedem Fall: Lieber ein linker Stadtrat in Sandalen als ein fraktionsloser REP im Anzug.

Gabi Kuttner
Bezirksverordnete

Schuluntersuchungen gefährdet



Eine Schuleingangsuntersuchung hat wohl bisher jeder Schüler erleben dürfen. Die Durchführung ist ja auch eine Pflichtaufgabe des Gesundheitsamtes. Aber künftige Schülergenerationen werden vielleicht gar nicht mehr wissen, was das ist.

Im Haushaltsentwurf des Bezirks Pankow für die Jahre 2008 bis 2009 heißt es nämlich: „Für die Bereiche des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, des sozialpsychiatrischen Dienstes und des jugendpsychiatrischen Dienstes muss aufgrund eines fehlenden Einstellungskorridors und der dazugehörigen finanziel-

len Mittel die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben als gefährdet angesehen werden. So können durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst die anstehenden Schuleingangsuntersuchungen (ca. 3.500) nicht abgeschlossen werden. Ärztliche Untersuchungen in Kindergärten sowie Impfungen können nicht mehr durchgeführt werden.“

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) fordert daher im Haushaltsbeschluss die Finanzierung von annähernd acht Stellen und die Aufhebung des Einstellungsstopps für die jeweiligen Fachbereiche. Da dies nicht nur ein

Problem für Pankow ist, wird das Bezirksamt gebeten, sich für eine landesweite Regelung einzusetzen. Unsere Fraktion DIE LINKE in der BVV hat dieses Problem an unsere Vertreter im Abgeordnetenhaus herangetragen.

Erste Reaktionen zeigen in die richtige Richtung: Es sollen zunächst in diesem und im nächsten Jahr für Berlin insgesamt 30 Stellen neu besetzt werden können.

Realistisch ist dies jedoch nur, wenn auch eine entsprechende Finanzierung erfolgt.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Das Interview

Auf ein Neues

extraDrei sprach mit Gernot Klemm, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Pankow:

Gernot, herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl. Du warst 13 Jahre Bezirksvorsitzender der alten PDS. Welche Erfahrungen sind Dir aus dieser Zeit wichtig?

Die LINKE wird mehr sein als die Summe der Mitglieder von PDS und WASG. Das zeigen zahlreiche positive Reaktionen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Parteimitglieder seit unserer Gründung. Deshalb sehe ich mich keineswegs in direkter Nachfolge meiner vorherigen Aufgaben.

Allerdings bringen wir aus der PDS zahlreiche Erfahrungen in die Arbeit der LINKEN ein. Stark sind wir als eine Partei für den Alltag geworden, die Menschen direkt vor Ort mit Rat und Tat beiseite stand. Der nächste Schritt war es, durch die Erarbeitung praxistauglicher linker Politik Vertrauen über unser angestammtes Wählerpotential hinaus zu gewinnen.

Zuletzt sind wir - im Guten wie im Schlechten - an unseren Taten und nicht an wohlfeilen Worten gemessen worden.

Welche Schlussfolgerungen hast Du aus der Analyse der Niederlage zu den letzten Abgeordnetenhauswahlen gezogen?

Die notwendige Konsolidierung des Berliner Landeshaushaltes haben viele Bürgerinnen und Bürger als schmerzliche Spareinschnitte wahrgenommen. Erreichtes wie das Sozial- oder das Drei-Euro-Kulturticket wurden nicht uns zugeschrieben. Mit den neuen Projekten der LINKEN wie dem Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Einführung der Gemeinschaftsschule und des Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wollen wir nun sichtbarer Stadtpolitik sozial gerecht gestalten.

In den Bezirksvorstand sind viele junge Genossinnen und Genossen gewählt worden.

In den Vorstand sind nicht nur viele junge, sondern auch viele neue Genossinnen und Genossen gewählt

worden. Sie sind entweder noch recht jung in der Partei oder ohne jahrelange Gremienerfahrung. Das kann nur gut sein und viel frischen Wind bringen.

Was habt Ihr Euch für die künftige Arbeit vorgenommen?

Die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit wurden durch die Hauptversammlung klar fixiert.



Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die Parteibasis mit ihren über 1.600 Mitgliedern in Pankow. Wir wollen ihre umfassende Information und Beteiligung an den Aktionen, am Parteileben und an der Entwicklung von politischen Vorschlägen. Dazu gehört auch die Bildung von Ortsverbänden als organisatorisches und politisches Rückgrat der Partei. Sie können die Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen vor Ort am besten organisieren und die Kommunalpolitik der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) begleiten. Vor Ort kennt man die Probleme am besten und auch die Leute, die bei der Lösung helfen können.

In Pankow wird es angesichts der prekären Haushaltslage Einschnitte im sozialen und kulturellen Bereich geben. Wie geht die LINKE damit um?

Gerade hat die BVV Pankow einen Haushalt für die Jahre 2008/09 beschlossen. Es gibt schmerzliche Einschnitte im Kultur-, Bildungs- und Jugendbereich. Aber es geht auch

um die Sicherung der kommunalen Infrastruktur. Der Haushalt wendet sich direkt gegen die Vorgaben des Berliner Senats, der von Pankow stattdessen weitere Schließungen und die Abtragung angeblicher Altschulden fordert. Der Bezirkshaushalt muss nun in den Gremien von Partei und Parlament durchgekämpft werden. Es geht uns um ein Zeichen für den Fortbestand der Berliner Bezirke als politische Körperschaften. Das muss auch Thema der gesamten Landespartei werden.

Wenn Du gerade nicht Bezirksvorsitzender der LINKEN Pankow bist, was machst Du dann?

Anders herum wird ein Schuh draus. Bezirksvorsitzender bin ich ehrenamtlich. Meist am Montagvormittag und an den meisten Abenden der Woche. Im Übrigen bin ich als Koordinator der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE für die Zusammenarbeit unserer Landtagsfraktionen zuständig und viel unterwegs. So habe ich im Frühjahr zwei Monate lang vor Ort mitgeholfen, unsere erste ‚West-Fraktion‘ in Bremen aufzubauen. Wenn noch Freizeit übrig bleibt, dann lese ich gern, bin mit meinem Hund unterwegs, ich urlaube gern im Gebirge oder am Meer zum Wandern und bin als Zuschauer und Fan beim Fußballverein BFC.

Interview:
Renate Tepper, Lena Tietgen

Der Bezirksvorstand DIE LINKE.Pankow

Die 1. Tagung der 1. Hauptversammlung beschloss, den neuen Bezirksvorstand in einer Stärke von 18 GenossInnen zu wählen. Dem neu gewählten Vorstand gehören an: Als Vorsitzender Gernot Klemm, als stellvertretende Vorsitzende Sandra Brunner und Sören Benn, als weitere Mitglieder: Andreas Bossmann, Gert Cramer, Patrice Florentin, Delia Hinz, Christine Keil, Joachim Kreimer de Fries, Gabriele Kuttner, Stefan Liebich, Katrin Maillefer, Uwe Melzer, Klaus Prätor, Marion Rissmann, Melanie Toppel, Nicole Trommer und Ute Wolf.

Bezirkshaushalt

Fahrplan zum Bezirkshaushalt

Im Frühjahr 2007 teilte die Senatsverwaltung für Finanzen den Berliner Bezirken mit, wie ihr Jahresabschluss 2006 bewertet wird: Pankow schließt mit einem Defizit in Höhe von 2,9 Millionen Euro ab. Entgegen der Berechnung des Bezirkes, die ein Plus verzeichnet hatte. Die Differenz entstand durch nachträglich veränderte Ansätze seitens der Senatsfinanzverwaltung.

Jedoch werden diese Korrekturfaktoren und deren Berechnung dem Bezirk nicht mitgeteilt.

Der Senat beschloss im April 2007 die Höhe der Globalsumme für alle Berliner Bezirkshaushalte. Die reale Geldzuweisung an die Bezirke wird jedoch nicht anhand ihrer tatsächlich erbrachten Aufgaben berechnet, sondern durch die mittelfristige Finanzplanung durch den Senat festgeschrieben. Dabei werden jährlich die Mittel für alle Bezirke (Ausgabenplafond) abgesenkt.

Im Berliner Haushaltsentwurf für 2008/09 erhöhen sich scheinbar die Mittel für die Bezirke - aber nur wegen erweiterter Aufgaben aufgrund neuer bundes- und landesge-



setzlicher Regelungen wie bspw. dem Nichtraucherschutz. Die dabei entstehenden Kosten werden jedoch nicht einmal den Bezirken in vollem Umfang erstattet werden.

Das Bezirksamt Pankow beschloss daraufhin vor der Sommerpause die Eckwerte für die Verteilung der dem Bezirk vom Senat zugewiesenen Gesamtsumme auf die einzelnen Fachbereiche. Da die Zuweisung unterhalb der zu erwartenden Ausgaben liegt, war Pankow bereits im Juni gezwungen, noch 2007 massiv Personalkosten in Höhe von 5,4 Millionen Euro einzusparen.

Der Kritik aus vielen Berliner Bezirken, die Zuweisung sei um mehr als 100 Millionen Euro zu niedrig,

begegnete der SPD-Finanzsenator Sarrazin mit überraschenden Rechenricks. Der Senat beschloss nach etlichen Einwendungen, die Einsparvorgaben gegenüber den Bezirken um 25 Millionen Euro zu senken und verkündet seitdem, die Bezirke hätten mehr Geld zur Verfügung.

Im August und September 2007 berieten die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Entwurf des Bezirkshaushaltes 2008/2009. Dabei kam es zu Nachforderungen. Der beschlossene Abbau von Stellen für Musiklehrer in Pankow würde zu massiven Angebots- und damit Einnahmeeinbußen in der Musikschule führen. Daher erfolgte der Beschluss der BVV zur Aufstockung der Mittel von auf Honorarbasis beschäftigten Musikpädagogen. Nun wird sich der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im November und Dezember mit den bezirklichen Haushalten beschäftigen. Von dieser Entscheidung wird die Zukunft des Bezirkes Pankow abhängig sein.

Katja Haese, Matthias Zarbock
Bezirksverordnete

Haushalt: Wie weiter?

Im September hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Entwurf zum Doppelhaushalt 2008/2009 mehrheitlich beschlossen. Darin enthalten ist eine massive Kritik an der seit Jahren verfolgten Zuweisungspraxis des Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD), die zur finanziellen Aushöhlung der Bezirke geführt hat und die Gestaltungsmöglichkeiten der bezirklichen Kommunalpolitik immer mehr einschränkte.

So führte die Unterfinanzierung gesetzlicher Pflichtaufgaben für Jugend und Soziales seit 2002 in Pankow zu einem „Schuldenaufbau“ von über 30 Millionen Euro, obwohl der Bezirk gleichzeitig durch Personalabbau, Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen und Haushaltssperren 50 Millionen Euro eingespart hat. Diese „Altschulden“ werden in der politischen Auseinandersetzung als Druckmittel für weitere unrealistische Einsparvorgaben durch den Senator instrumentalisiert. Dagegen hat sich

die BVV gestellt und den Ausstieg aus dem nicht umsetzbaren Konsolidierungskonzept aus dem Jahr 2005 beschlossen.

Daneben bleiben weitere Haushaltsrisiken, wie die permanente Unterfinanzierung bei den Hilfen zur Erziehung. Bei den Personaleinsparungen wurden 2007 die letzten Möglichkeiten ausgeschöpft, Einschränkungen des kommunalen Angebots im Kultur- und Bildungsbereich sowie bei sozialen Einrichtungen sind unvermeidlich. Ganz zu schweigen von der Bewältigung neu zugewiesener Aufgaben wie dem Nichtraucherschutz und der Umweltzone. Aber besteht überhaupt eine Chance, dass der BVV-Beschluss zum Haushalt, der sich den unrealistischen Sparvorgaben verweigert, umgesetzt werden kann? Mit Spannung erwarten deshalb Bezirksamt und Verordnete die Vorlage des Finanzsenators an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses sowie den Beschluss des Abgeordnetenhauses zu den Be-

zirkshaushalten. Bis dahin wird die Auseinandersetzung weiter eskalieren. Denn anders als in vergangenen Jahren führen diesmal alle Bezirke Klage gegen den Finanzsenator, der mit immer abenteuerlicheren Berechnungen die Finanzsituation der Bezirke schönfärbt und Schuldzuweisungen an diese austeilt.

Am 8. November versammelten sich deshalb alle zwölf Bezirksämter gemeinsam zu einer Beratung, um eine realistische Haushaltspolitik gegenüber den Bezirken einzufordern. Alle Bezirksverordnetenversammlungen hatten über ihre Vorsteherinnen und Vorsteher dazu bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. DIE LINKE Pankow hat auf ihrer letzten Hauptversammlung ein klares Votum für den Pankower Haushaltsbeschluss abgegeben und die Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgefordert, die Bezirke zu unterstützen. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein.

Burkhard Kleinert
BVV-Vorsteher

Projekte

Moskito – Gegen Rechts

Im vergangenen Jahr wurden in Pankow über 230 rechtsextreme Straftaten begangen. Damit liegt der Bezirk landesweit auf dem dritten Platz der Statistik. Umso wichtiger sind Projekte, die sich offensiv mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Seit dem Jahr 2002 gibt es in der Fehrbelliner Straße im Prenzlauer Berg „Moskito – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus“. „Bürgerschaftliches Engagement und eine starke demokratische Zivilgesellschaft sind zentrale Momente zur Abwehr und Bekämpfung rechtsextremer und antidemokratischer Tendenzen und Erscheinungsformen.“, sagt Bettina Pinzl, eine von zwei Mitarbeiterinnen bei „Moskito“.

Die Netzwerkstelle übernimmt diese wichtige Aufgabe für Pankow. Sie informiert, sensibilisiert und aktiviert Pankower BürgerInnen und bietet Beratung und Unterstützung an. Pinzl weiter: „Ein beispiel-

hafter und wichtiger Bestandteil ist weiterhin das Pankower Register.“ Mit diesem Register werden rechtsextremistische Vorfälle in Pankow umfassend dokumentiert.

Elke Breitenbach (DIE LINKE), Mitglied des Abgeordnetenhauses, hat sich in der Vergangenheit stark gemacht für die finanzielle Absicherung des Projektes. Bisher wurden beide Personalstellen über den Etat des Berliner Integrationsbeauftragten Günter Piening finanziert. Mit dem Auslaufen von Bundesförderprogrammen funktioniert dieses nicht mehr.

Ab 2008 soll eine Stelle der Bezirk und die zweite vom Senat übernommen werden. Aber die dafür benötigten 28.000 Euro stellen den Bezirk vor Probleme. Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) betont die Notwendigkeit zur Fortführung der Arbeit von „Moskito“: „Die entsprechenden Mittel sind durch den Beschluss der Bezirks-

verordnetenversammlung in den Haushalt 2008/2009 eingestellt worden.“

Die Senatsfinanzverwaltung hat den Entwurf des Bezirkshaushaltes bisher nicht akzeptiert und droht mit vorläufiger Haushaltswirtschaft, die u.a. diese eine Stelle gefährden würde. Diese Zwangsverwaltung tritt ein „... wenn der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses unseren Haushaltsentwurf nicht akzeptieren würde.“, so Köhne.

Im Hauptausschuss sitzt auch die vehemente Unterstützerin von „Moskito“, Elke Breitenbach. Sie sagt: „Rechtsextremismus muss da bekämpft werden, wo er auftritt, nämlich vor Ort.“ Und „Moskito“ leistet in dieser Hinsicht eine unverzichtbare Aufgabe für den Bezirk. Deswegen ist eine gemeinsame Lösung zwischen Senat und Bezirk zwingend erforderlich.

Andreas Bossmann



10.000 Jobs für Arbeitslose

Betroffene und Interessierte diskutierten am 9. Oktober, veranstaltet von der Basisorganisation Luise, im Frauenzentrum „Paula Panke e.V.“ über den von der LINKEN geforderten und im Koalitionsvertrag von Rot-Rot beschlossenen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Bekanntlich will DIE LINKE in Alternative zu Hartz IV und den zeitlich eng befristeten Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs) mit dem ÖBS reguläre, Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose schaffen. Staatssekretärin Kerstin Liebich (DIE LINKE) informierte über die umfangreichen Anstrengungen des Senats.

Die Projektmanagerin von „Paula Panke e.V.“, Helga Adler, berichtete über Erfahrungen und das große Interesse am Vereinsprojekt „Flexible Kinderbetreuung“, einem Modellprojekt für den ÖBS, das der Linkspartei-Senator Harald Wolf im November 2006 in Pankow aus der Taufe gehoben hatte. [extraDrei stellte das Projekt in der April-Ausgabe vor.] Mit dem nun vom Senat

beschlossenen Programm werden in den nächsten vier Jahren 10.000 Jobs für Langzeitarbeitslose in den Bereichen Nachbarschaftsarbeit, Seniorenbetreuung, Integration und Kultur finanziert. Genaue Informationen gibt es unter www.oeps-berlin.de.

Zwar konnte sich DIE LINKE nicht mit ihrer Forderung nach Finanzierung durch die Zusammenlegung von Europa-, Bundes- und Landesmitteln durchsetzen.

Aber mit Hilfe des Bundesprogramms „Perspektiven für Langzeitarbeitslose“ kann trotzdem vielen Betroffenen geholfen und nützliche soziale Tätigkeit - ja, wie Senatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) betonte - sinnvolle „Bürgerarbeit“ geleistet werden.

Bezahlt wird das Programm zu 75 Prozent vom Bund und zu 25 Prozent vom Land Berlin. Die Beschäftigten erhalten monatlich 1.300 Euro brutto, die Förderungsdauer beträgt bis zu 24 Monate und kann unbefristet verlängert werden.

Da die neuen Fördermaßnahmen keine bestehende reguläre Beschäf-



tigung im ersten Arbeitsmarkt ersetzen oder verdrängen dürfen, soll die Umsetzung - bei voller Verantwortlichkeit der Bezirke - von einem Landesbeirat begleitet werden.

Positiv ist zu werten, dass bei diesen Maßnahmen - allerdings nach erfolgtem Abbau im öffentlichen Dienst - ein enges Zusammenwirken von Bezirksamt, Trägern und Jobcenter im Interesse der soziokulturellen Bedürfnisse im Bezirk gewährleistet wird.

Renate Tepper

Gescheitert

Märkte werden privatisiert

Im Zuge der Bezirksfusion im Jahr 2001 übernahm der neue Großbezirk kommunale Wochenmärkte. Zu dieser Zeit hatte die unter CDU-Führung stehende alte Pankower Wirtschaftsverwaltung aus einer sprudelnden Einnahmequelle ein Zuschussgeschäft gemacht. Die seitdem andauernden Bemühungen von Pankower Bezirksverordneten zum Erhalt der Märkte in kommunaler Hoheit sind nun gescheitert. Wie konnte es dazu kommen?

Auf Initiative der damaligen PDS-Fraktion nahm sich der Wirtschaftsausschuss des Problems an. Mit Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 4. Juni 2002 wurde die Wirtschaftlichkeit der Märkte wieder hergestellt; Außenstände gegenüber anderen Behörden wurden aus in den frühen neunziger Jahren aufgelaufenen Überschüssen getilgt.

Im Jahr 2003 änderte die Senatsfinanzverwaltung jedoch die Haushaltssystematik, so dass Überschüsse aus der Betreibung kommunaler Märkte durch den Bezirk nicht mehr angesammelt werden durften. Gleichzeitig stufte sie die Durchführung von Wochenmärkten in kommunaler Hoheit für die unmittelbare Daseinsvorsorge als überflüssig ein und verlangte vom Bezirk, sich von den Märkten zu trennen. Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben dem niemals widersprochen.

Unter den Bezirksverordneten gab es dafür, trotz der Forderung der hiesigen CDU-Fraktion nach einer Privatisierung, keine Mehrheit. Stattdessen diskutierte der Wirtschaftsausschuss zunächst die Gründung eines Betriebes nach § 26 Landeshaushaltsordnung – dies erwies sich als undurchführbar.

Der PDS-Vorschlag zur Errichtung eines Eigenbetriebes nach dem Eigenbetriebsgesetz wurde vom Senat wie Abgeordnetenhaus verworfen. Ungeachtet dessen erhöhten sich die Sparvorgaben des Senates im Bereich Personal gegenüber den Bezirken kontinuierlich. Dass die Märkte bis zum Jahr 2006/07 davon nicht betroffen waren, liegt an der Tatsache, dass der Bezirk quasi um die Märkte herum sparte. Dies geschah, weil der Wirtschafts-

ausschuss auf Vorschlag der PDS im Januar 2006 die Errichtung einer bezirklichen GmbH zur kommunalen Fortführung der Märkte beschlossen hatte. Mit diesem Vorschlag trafen wir auf anhaltende Widerstände auf allen Ebenen der Finanzverwaltung unseres Bezirkes wie auch im Senat.

Angesichts des fortdauernden Spardruckes, den der Senat auf die



Bezirke ausübt, war trotzdem klar, dass der bisherige Umgang mit den Märkten endlich sein musste. Hinzu kommt, dass im Bezirksamt die Spielräume kleiner geworden sind. Nunmehr war abzuwägen, ob die letztlich 1,5 Personalstellen für die Märkte oder im Tiefbau-, im Ordnungs- oder im Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt eingespart werden können, allesamt Amtsbeiriche, die längst an der Grenze ihrer personellen Leistungsfähigkeit angelangt sind.

Darum wurde im Frühsommer ein erneuter Anlauf zur Errichtung einer kommunalen Markt-GmbH unternommen. Mindestens in der Senatswirtschaftsverwaltung wurde dieses Vorhaben jetzt positiv bewertet, die bezirkliche wie die Senatsfinanzverwaltung nahmen aber nach wie vor eine ablehnende Haltung ein.

Um zu verstehen, was dies für den Zeitrahmen der Realisierung eines solchen Projektes bedeutet, muss man sich vor Augen halten, dass ein Bezirk zur Errichtung einer kommunalen GmbH der Zustim-

mungen folgender Stellen bedarf: Senatswirtschafts- und Senatsfinanzverwaltung, Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses, Abgeordnetenhaus, Senat von Berlin. Und an jeder dieser Stellen ist Überzeugungsarbeit gegen Widerstände zu leisten.

Aus diesem Grund verfolgten sowohl das Ordnungsamt als auch der Ausschuss im Sommer 2007 die Idee einer nach außen vergebenen auftragsweisen Bewirtschaftung unserer Märkte.

Am 9. Oktober 2007 wurde der Wirtschaftsausschuss davon unterrichtet, dass dies sowohl vom hiesigen Rechtsamt als auch von unserer Finanzverwaltung abgelehnt wird. Damit waren die Weichen gestellt: Die Ausschreibung der kommunalen Pankower Wochenmärkte erfolgte unmittelbar danach; Anfang November wird eine Auswahlkommission zusammentreten, und ab 1. Dezember 2007 werden die Märkte privat betrieben werden.

An dieser Stelle bleibt dreierlei festzuhalten: Auf dem Anger in Pankow und dem Hugenottenplatz in Französisch Buchholz wird weiterhin ein Wochenmarkt betrieben werden.

Die Chancen stehen gut, dass sich hier sowohl die Qualität des Angebotes als auch der zeitliche Rahmen der Märkte verbessert. Der - mit einer an Heuchelei nicht mehr zu überbietenden Unterschriftenkampagne der Pankower CDU - erweckte Eindruck, es würde zukünftig in Pankow keine Wochenmärkte mehr geben, war und ist falsch. Dass es für alle jetzigen Markthändlerinnen am Standort eine Zukunft gibt, kann der Bezirk nicht mehr garantieren.

Der Bezirk trennt sich, gezwungenermaßen und gegen jede wirtschaftliche Vernunft, von einer Einnahmequelle, zu deren Weiterentwicklung ihm keine Chance gelassen wurde. Sechs Jahre anstrengender politischer Arbeit gegen Facharroganz sowohl in der Bezirksverwaltung wie beim Land waren umsonst. Ich begreife das als eine persönliche politische Niederlage.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

„Jüdische Lebenswege“

Das Buch, das die profunde Kennerin Pankower jüdischer Geschichte, die Musikwissenschaftlerin Inge Lammel, mit Hilfe vieler anderer Menschen im Verlag Hentrich & Hentrich vorgelegt hat, wurde am 23. August 2007 im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in der Berliner Straße vorgestellt. Die Besucherinnen und Besucher des Betsaals konnten das Buch nicht nur erwerben, sondern auch sephardische Musik hören und bei einem Glas Saft oder Wein einer Lesung von Auszügen, unter anderem durch die Autorin, folgen. Zu Recht wurde eingangs die Leistung der Autorin von Hermann Simon („ein Standardwerk“) und Hans Coppi gewürdigt. „Jüdische Lebenswege“ ist ein Kleinod für all diejenigen Pankowerinnen und Pankower, die nicht geschichtslos durch die Straßen ihres Kiezes laufen wollen. Wer wissen will, wo sich die Wurzeln und Orte jüdischen Lebens rund um die Breite Straße befinden, welche Schicksale sich mit ihnen verbinden, muss dieses Buch einfach lesen. Nicht zuletzt ist es auch ein Beitrag zum



Inge Lammel

antifaschistischen Erinnern, wie es ihn mit einer solch lebendigen Dokumentation und Schilderung des Lebens von Zeitzeuginnen und -zeugen, so nicht noch einmal geben wird.

Dass das Buch erscheinen konnte, ist unter anderem dem Engagement des Bundes der Antifaschisten Pankow (BdA) und des Fördervereins „Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus in Pankow“ zu verdanken. Aber noch ist ein Teil der Druckkosten

offen. Mit Spenden oder dem Kauf eines Exemplars kann dieses Projekt unterstützt werden. Ich selbst spende einige erworbene Exemplare an Pankower Bibliotheken.

Helfen Sie mit! Schreiben Sie an den Förderverein „Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus“, Berliner Str. 120/121 in 13187 Berlin und bestellen Sie ein Buch. Oder spenden Sie auf Konto 7572399, Vereins- und Westbank AG, BLZ 200 300 00, Stichwort: Jüdisches Leben.

Die Parteibasis verändert sich

Im April 2007 hatte der Bezirksvorstand einen umfangreichen Fragebogen an die Basisorganisationen verschickt. Ca. 30 von 70 Basisorganisationen (BO) haben geantwortet.

Es ergibt sich dabei folgendes Bild: Die Mehrheit der BO sichert den Kernbereich des Parteilebens durch regelmäßige Versammlungen und Beitragskassierung ab. Jedoch gelingt es, nur noch einer Minderheit der BO außerhalb von Wahlkampfzeiten Außenaktivitäten zu entfalten. Eine Werbung von Neumitgliedern findet faktisch nicht statt. Die Mitgliederzahlen der BO schwanken zwischen acht bis über 30 GenossInnen; bei BO-Verbänden und Ortsverbänden zwischen 60 und 100.

Es gibt beträchtliche „Leistungsunterschiede“ zwischen den BO. Etwa bei der Verteilung von „extraDrei“-Exemplaren oder der Durchführung von Infoständen außerhalb von

Wahlkämpfen. Diese Probleme der mangelnden Außenwirkung sind den meisten BO durchaus bewusst. Zu ihrer Bewältigung fordern viele BO eine erhöhte Präsenz der Bezirks- und Landesebene.

Eine praktische Antwort zur Überwindung dieser Probleme haben die BO gegeben, die sich zu Ortsverbänden zusammengeschlossen haben oder auf andere Weise kooperieren. Die Auswertung der Fragebögen lässt die Schlussfolgerung zu, dass vor allem diejenigen BO, die die Fragen nach der Kooperation mit anderen BO bzw. der Bildung von Ortsvereinen positiv beantwortet haben, meist mit denjenigen identisch sind, die die stärksten und dauerhaftesten Außenaktivitäten organisieren.

Am exemplarischsten fallen hier die Antworten der BO aus dem Wahlkreisaktiv Pankow-Süd sowie dem Zusammenschluss der BO aus den Bötzw-Viertel aus. Sie haben Planungskompetenz für Veranstal-

tungen, für die Herausgabe des Kiezblattes und die Organisation von Informationsständen auf einen handlungsfähigen Verbund übertragen.



gen. Diese Veränderungen an der Basis haben alle drei Teile des Bezirks erfasst. Ortsverbände bestehen nunmehr in Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg.

Bei Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit sollten diese Veränderungen an der Basis der Partei durch den Bezirksvorstand gefördert und unterstützt werden.

Marian Krüger

Glosse

Der durchsichtige Frosch



Masayuki Sumida von der Universität Hiroshima hat einen Frosch mit durchsichtiger Haut gezüchtet. Für die medizinische Forschung ein sehr bedeutsames Ergebnis. Durch die Haut schimmern seine inneren Organe hindurch. Krankheiten können durch einfaches Betrachten und ohne blutiges Sezieren behandelt werden. Die Wirkung der verabreichten Medikamente

kann ohne größeren Aufwand verfolgt werden. Insbesondere für die Krebsforschung ein außerordentlich bedeutsames Ergebnis.

Durchsichtige Fische sind schon seit längerer Zeit bekannt. Aber Vierbeiner wurden erstmalig in die Welt gesetzt.

Noch keine Ergebnisse zeitigt die Forschung, um durchsichtige Politiker (Zweibeiner) als Kandidaten für eine Wahl in eine Volksvertretung vorzubereiten.

Der Vorteil läge auf der Hand. Ein Reglement für das Offenlegen der zusätzlichen Einkommen wäre bedeutungslos und der Abgeordnete des Bundestages, Herr Otto Schily, (SPD) und vormals Bundesinnenminister, könnte sich nicht auf die anwaltliche Schweigepflicht berufen. Und im Vorübergehen wäre es möglich, bei Herrn Pflüger von der Union und derzeitiger Fraktionschef derselben im Berliner Ab-

geordnetenhaus mit einem Blick in sein Gehirn die Absichten zu erkennen, die er mit der neuen Broschüre zum Straßenausbaubeitragsgesetz verfolgt. - Man muss die Dinge ja am Kochen halten. Aber ausgerechnet die Berliner CDU? - Noch schöner: Die beabsichtigte Strompreiserhöhung würde einmal überzeugend erklärt werden können. In der aktuellen Stunde im Bundestag am 24. Oktober diesen Jahres erklärte der Wirtschaftsminister, Herr Glos von den bayrischen Christsozialen, die Begründung der beabsichtigten Preissteigerung sei „nicht nachvollziehbar“. Aber die Abtrennung der Netze von der Produktion lehnte er ab. Das gerade würde die Konzerne schmerzhaft treffen.

Na ja, vielleicht würde es schon reichen, wenn Politiker, die lügen einen roten Kopf bekämen.

Klaus Flemming

WANNWOWASWANNWOWASWANN

12. November 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

15. November 17 bis 18 Uhr
Bürgersprechstunde von Marion Seelig (Abgeordnete) in der Geschäftsstelle der LINKEN Pankow, Kopenhagener Straße 76

15. November 19 Uhr
„Das Gefängnis als Ort der Gewalt ?“, taz-Debatte mit Klaus Lederer (Abgeordneter) im Rahmen der Reihe „Kriminalpolitische Gespräche“, taz-Café, Kochstraße 18

19. November 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

21. November 20 Uhr
„Brot, Pop und Politik“ - Stefan Liebich (Abgeordneter) im Gespräch mit Erika Maier, Autorin des Buches „Einfach leben - hüben wie drüben - Zwölf Doppelbiographien“ und Robert Ide, Redakteur beim „Tagesspiegel“ im Blauen Salon der Brotfabrik, Caligariplatz

21. November 17.30 Uhr
11. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

24. November 12 bis 14 Uhr
Infostand der BO Luise am Rathaus-Center Pankow, Breite Straße

26. November 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

26. November 18.30 Uhr
„Weißenseer Gespräche“ – Stefan Liebich (Abgeordneter) im Gespräch mit Udo Wolf, Abgeordneter und Verfassungsschutzexperte „Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenstrategien“ im Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23

04. Dezember 17 Uhr
AG Kinder- und Jugendpolitik im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

10. Dezember 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

13. Dezember 16 bis 17 Uhr
Bürgersprechstunde von Stefan Liebich (Abgeordneter) in der Geschäftsstelle der LINKEN Pankow, Kopenhagener Straße 76

17. Dezember 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

19. Dezember 17.30 Uhr
12. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

29. Dezember 12 bis 14 Uhr
Infostand der BO Luise am Rathaus-Center, Breite Straße

14. Januar 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

28. Januar 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

04. Februar 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

06. Februar 17.30 Uhr
13. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. November 2007
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am **14. Januar 2008**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Briefe, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.